

Pressemitteilung:

Polizei auf Waldbesetzung - Aktionstage zu Beginn der Rodungssaison

Oktober, die Blätter färben sich rot, das Hüttendorf im besetzten Wald färbt sich grün. Am heutigen Donnerstag stürmte eine Hundertschaft Polizei in das Hüttendorf und nahm die vorhandene Infrastruktur in Augenschein. Diese Maßnahme werten die Besetzer_innen als räumungsvorbereitende Maßnahmen. Ab dem 1. Oktober geht nämlich die Brut- und Setzzeit zu Ende und RWE darf weiter roden lassen. Sie wollen an die Braunkohle, die in 500 Meter Tiefe unter den Bäumen liegt. Ab dem kommenden Samstag, vom 29. September bis zum 3. Oktober finden allerdings erst einmal angekündigte Aktionstage im besetzten Wald statt. Ungefähr 100 Menschen wollen sich zu Beginn der Rodungssaison versammeln, um auf kreative, symbolische und direkte Weise die Bäume zu schützen.

Am 1. Oktober beginnt zudem die Kampagne "Hambacher Forst 180". Die Waldbesetzer_innen suchen Gruppen für jeden der 180 Tage der Rodungssaison, Gruppen, die für einen oder für mehrere Tage in den Wald kommen und Aktionen gegen die Rodung der Bäume machen. Zum Auftakt dieser aktionistischen Monate werden die Aktionstage im Hambacher Forst für Wirbel sorgen.

"Dieser Wald ist der letzte Schutzwall für die Menschen in Buir und Manheim", so Sabine Witt von der Waldbesetzung. "Wir werden uns aktiv dagegenstellen, dass RWE diese Bäume fällen will und das Hüttendorf räumen will." ergänzt Jonas, der mit ihr im Baumhaus lebt. Sie erzählen davon, dass sie sich auf die nächsten Tage freuen, wenn Aktivist_innen aus ganz Europa in die Region kommen werden. Notfalls sind sie bereit eine Räumung so schwer wie möglich zu machen. Susanne fasst zusammen, warum der Widerstand so wichtig ist: "Braunkohle ist ein Thema, das alle betrifft. Denn das rheinische Braunkohletagebauegebiet ist der größte Einzelemittent von Kohlendioxid des ganzen Kontinents - und der Klimawandel geht jeden etwas an!" Renate Reinhart, eine direkte Anwohnerin des Tagebaus beschwert sich: „Es ist unglaublich mit welcher Ignoranz der Staat die Interessen der Bürger und derjenigen die sich ernsthafte Gedanken um unsere Umwelt machen übergeht. Erst werden alle politischen Partizipationsmöglichkeiten über das Bergrecht verhindert, und wer sich dann direkt zur Wehr setzt wird mit der kalten Hand des Staates verjagt!“

Peter Ingelfeld aus Buir, der die Besetzer_innen von Anfang an unterstützt resümiert: „Für mich ist die Sache klar, es geht hier insbesondere um eine Einschüchterung von Menschen die sich gegen den Abbau von Braunkohle engagieren. Hier zeigt der Staat ganz offen auf welcher Seite er steht, in dem Konflikt zwischen RWE, die das Ziel der Kapitalvermehrung verfolgt, und den Menschen die die mit Braunkohleabbau und Klimawandel einhergehende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen verhindern wollen.“